

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	3
Artikel:	Eine Stimme aus dem Kanton Solothurn : die Asylpolitik als Stolperstein
Autor:	Linz, Peter M.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340595

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Asylpolitik als Stolperstein

Von Peter M. Linz

Die Wahlen sind vorbei – und verloren – wenigstens in der deutschen Schweiz. Gründe gibt es genug, so ergründen wir halt; Amen! Die ganze Umweltproblematik begünstigte eigentlich die Sozialdemokratische Partei, hat sie doch als einzige grosse Partei rechtzeitig ihre Sensoren ausgestreckt und neben den traditionellen Fragen auch Lösungen für Umweltprobleme aufgezeigt, ja geradezu grüne Themata adaptiert. Meines Erachtens kann also die SP grundsätzlich keine andere Politik betreiben, als sie in der vergangenen Legislaturperiode verfolgt hat. Sie hat im Sozial-, im Umwelt- und im Demokratietarif hervorragend abgeschnitten.

Leider sind wir unfähig, unsere Leistungen zum angemessenen Preis zu verkaufen. Wie ist es denn möglich, dass andere ihre schlechten Leistungen zu einem höheren Preis verkaufen konnten? Weshalb erhielt eine in Korruptionsaffären verwinkelte Partei wie die SVP einen erheblichen Stimmenzuwachs, während wir, obwohl seit Jahren nicht mehr so einig, Verluste erlitten?

Wir engagierten uns in der Sozialpolitik, für die Revision der 2. Säule, welche die oberen Einkommen und die Selbständigerwerbenden begünstigt, im Gesundheitswesen (soziales Prämienystem), für den Mutterschutz, für die Gleichstellung der Geschlechter, für eine Energiepolitik ohne Atomkraft, für eine umweltgerechte Verkehrspolitik (z.B. Halbtagsabonnement), für eine humane Asylpolitik. Unsere Bundesräte haben die Öffnung in der Aus-

senpolitik bzw. die Sanierung der Bundesfinanzen vollzogen. Trotzdem stehen meistens unsere Regierungsmitglieder unter dem Beschuss der «bürgerlichen» Presse.

Vorerst möchte ich allen Helferinnen und Helfern ein herzlichen «Danggschön» sagen für ihren Einsatz im Wahlkampf. In Büsserach, meinem Wohn- und Heimatort, haben wir Sozialdemokraten einen Listenzuwachs von weit mehr als 100 Prozent zu verzeichnen, ohne die Zusatzstimmen für den heimischen NR-Kandidaten. Dies ist vorwiegend meinem Freund, Genossen und Wahlhelfer Georges Meister zu verdanken. In persönlicher Werbung und im persönlichen Gespräch hat er mehr als 100 Bürger, die noch nie SP gewählt haben, davon überzeugt, unsere Liste einzulegen.

Würde überall ein derartiger Einsatz vollzogen, die Wahlresultate sähen anders aus. Vielfach fehlt aber die Motivation, und die SP ist nicht schuldlos daran. Einer näheren Prüfung bedürfte noch die Tatsache, warum wohl im Schwarzbubenland die Verluste der SP geringer waren als im übrigen Teil des Kantons Solothurn, und dies trotz des Vormarsches der Grünen auf 12 Prozent im Bezirk Dorneck. Möglicherweise hängt dies mit der medienpolitischen Landschaft im Schwarzbubenland zusammen. Im Schwarzbubenland besteht aber praktisch keine der SP nahestehende Presse, im Gegenteil, der Kandidat aus der Region wurde einfach totgeschwiegen.

Nach einer Wahlniederlage gilt

es natürlich auch Kritik zu üben, zu hinterfragen, zu analysieren. Die Probleme der SP sind die mangelnde Profilierung ihrer Leute im Wahlkampf, die unprofessionelle Werbung und die Asylpolitik bzw. das Ausländerproblem generell.

Wir müssen in Zukunft professionelle Werbung betreiben, unsere Ziele vereinfacht und klar aufzeigen, und zwar als Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Wie kann sich eine SP profilieren, wenn in den Print- und elektronischen Medien eine Vielzahl von Parteien zu Wort kommen, deren Programme praktisch identisch sind? Man muss unbedingt zu einem aggressiveren Wahlkampf gelangen, in welchem die ungenügenden Leistungen der Gegner angeprangert werden. Es muss gesagt werden, dass die Freisinnigen entgegen den hohen Sprüchen am Fernsehen eben nicht sozial eingestellt sind, dass sie arbeitnehmer-, mieterfeindlich sind. Welcher Bürger kennt sich schon aus? Es kommt mir manchmal so vor, wie wenn diverse Waschmittelfabrikanten Werbung betreiben würden, und jeder behauptete, seine Produkte führen zum weisesten Weiss.

In kleineren Kantonen müssen die Kandidaten mittels Werbung profiliert werden. Die CVP Solothurn mit Rosemarie Simmen ist ein gutes Beispiel. Schon manche haben ihr Profil nur durch die Presse erlangt. Leider können wir diesem Trend nicht entsagen. In einem Kanton der Regionen sind die Kandidaten, sofern sie nicht

schon etliche Male auf einer Liste waren, nur in der engeren Region bekannt. Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass ihr Bekanntheitsgrad weitere kantonale Regionen erreicht. Parteiversammlungen genügen nicht mehr. Mit dem Besuch von diversen Parteianlässen haben wir kaum 1 Prozent der Wähler erreicht. Ich habe während meinem Wahlkampf etwa 600 Kilometer mit meinem Rennvelo zurückgelegt, bin von Büsserach nach Schönenwerd gefahren, nach Langendorf, bin in den Sommerferien mit dem «Radel» ins Wallis geradelt. Wer wusste davon? Wer wusste, dass ich der erste sozialdemokratische Nationalratskandidat des Bezirkes Thierstein bin? Meines Erachtens gehören viel mehr solche persönlichen Daten in einen Wahlkampf.

Die SP gilt als ausländer- und asylantenfreundlich, obwohl ja eigentlich die Bürgerlichen schuld sind, dass immer mehr ausländische Arbeitskräfte in unser Land gelotst werden. Die Zunahme der Erwerbstätigen beträgt innert Jahresfrist 35'700. Solche Ausländerzahlen sind beunruhigend und Wind für das Feuer der Ausländerfeindlichkeit. Das Volk realisiert nicht, dass wir zusammen mit den Gewerkschaften gegen eine weitere Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften sind. Die Fühler werden bereits ausgestreckt für einen möglichen EG-Beitritt, den die Wirtschaft herbeisehnt. In der EG wird in nächster Zukunft der europäische Arbeitsmarkt liberalisiert. Die Schweiz mit ihren Ausländerzahlen kann doch nie und nimmer eine derartige Liberalisierung akzeptieren. Man muss also jetzt schon klar und deutlich sagen, dass man dies nicht will. Trotz dem Image einer allzu ausländerfreundlichen Partei macht die SP noch taktische Fehler,

indem sie Statements für einzelne und erst noch privilegierte «Flüchtlinge» abgibt. Dies ist höchst kontraproduktiv und bringt auch für die echten Flüchtlinge nichts.

Die Bürgerlichen heimsen den Batzen und das Weggli gleichzeitig ein. Erstens betreiben sie eine zurückhaltende Flüchtlingspolitik, was ausgeprägt in der Presse dargestellt wird und allgemein die Zustimmung des Volkes hat, zweitens sind die Hälfte der traditionellen Arbeiterschaft stimmrechtlose Ausländer. Ein rechtloses Sklavenheer, das sich zu Gunsten der Bürgerlichen und zu Lasten der Linken auswirkt.

Ich lasse mich zufolge der hier angebrachten Kritik an der SP-Asylpolitik nicht in die rechte Ecke drängen. Ich bin mir bewusst, dass es auf dieser Erde verdammt viel Ungerechtigkeit gibt und dass die westlichen Länder, auch die Schweiz, ihre Verantwortung daran haben. 17 Millionen Flüchtlinge leben auf dieser Erde, ganz zu schweigen von den weiteren Abermillionen, denen es noch schlechter geht und um die sich niemand kümmert. Flüchtlinge aus Dritt Weltländern sind nicht immer Flüchtlinge im Sinne des Asylgesetzes. Das wissen wir ja mittlerweile. Es gibt auf dieser Welt auch Millionen Flüchtlinge, die gar keine sind. Ist ein Nomade, der vor der Sesshaftmachung geflohen ist, ein Flüchtling? Nein, trotzdem figurieren sie in Somalia unter der Flüchtlingsstatistik.

Ich weigere mich auch, das Flüchtlingselend isoliert zu betrachten. Der Hunger z.B. – auf einen einfachen Nenner gebracht – ist die Folge einer völlig versfehlten Agrarpolitik, was in der FAO (Landwirtschaftsorganisation der UNO) niemand erwähnen darf, weil das etwas Politisches wäre, worüber man gefälligst zu schweigen hat. China hat nach der Re-

volution sein Hungerproblem gelöst, und zwar allein durch politische und strukturelle Veränderungen. Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist für die Verarmung ganzer Volksschichten in den Entwicklungsländern verantwortlich. Strukturbereinigungen werden durch den Westen, vor allem durch die USA, mit allen legalen und illegalen Mitteln verhindert (Kreditrestriktionen, Erzwingung von Gewinn- und Kapitalexport, Entziehung von Militärhilfe, Unterstützung von rechtsgerichteten, multinationalen Konzernen holden Guerilleros). Jede Massnahme eines Entwicklungslandes wird nur unter dem begrenzten Blickwinkel des Ost-West-Konfliktes betrachtet. In bezug auf die Menschenrechte und Freiheitsrechte wird der Westen als Massstab genommen. Was nützt einem Analphabeten die Pressefreiheit? Welchen Wert besitzt die Garantie der persönlichen Freiheit, wenn das Rechtssubjekt schwer krank ist und keine Krankenversicherung besteht oder wenn es langsam verhungert?

Es ist unmöglich, all den armen Geschöpfen auf dieser Erde in der Schweiz Asyl zu gewähren, deshalb muss ein Ausscheidungsverfahren stattfinden, und ich bin der Meinung, dass dieses Verfahren nicht gelockert werden muss, da wir sonst das Migrantenparadies der Welt werden. Es gibt auf dieser Welt Abermillionen, die weder Geld noch Verwandte haben, um in den reichen Westen zu flüchten. Die Schweiz hat aber selbstverständlich weiterhin für eine humane Flüchtlingspolitik im Rahmen des bestehenden Asylgesetzes und den Ausführungsbestimmungen zu sorgen, obwohl das wiederum nur Symptombekämpfung ist, nicht einmal der berühmte Wassertropfen.

Die Ursachen werden von den Mächtigen dieser Welt entweder aus mangelnder Einsicht oder grobfahrlässig, ja absichtlich nicht bekämpft. Ich weigere mich aber, die ganze Flüchtlingsproblematik nur in Schwarzweiss zu sehen. Mit einer allzu lockeren Asylpraxis streuen wir Dünger für die zukünftigen Rassenkrawalle und für rechtsstehende Regierungen. Das Mass liegt im goldenen Mittelweg. Die Mentalitäten der Entwicklungsvölker sind meistens der unseren diametral entgegengesetzt. Deshalb müssen wir als Schweizer auch für unsere Bürger etwas

Verständnis aufbringen, die in ihrem Heimatland, in ihren Schulen, am Arbeitsplatz bereits in die Minderheit versetzt worden sind. Kann man einem Kleinbasler verargen, wenn er sich bald nicht mehr zu Hause fühlt? Kann man ihm verargen, wenn er sich in der SP nicht mehr geborgen fühlt, weil seine Nöte dort nicht gesehen werden?

Man redet zwar viel von Toleranz, hat diese aber manchmal weder parteiintern noch parteidurchzüberschreitend. Wie kann die SP gegen die derzeitige Flüchtlingspolitik des Bundesrates Sturm laufen, wenn im

Kanton Solothurn die Unterbringung von einigen wenigen Flüchtlingen in gewissen Dörfern gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden muss?

Wenn ich mit meinem Exkurs über die Flüchtlingsproblematik den führenden Genossen dieses Landes auch einmal eine andere Sicht zur Kenntnis bringen konnte, ist mein Auftrag erfüllt. Jedenfalls ist es höchst einseitig, unsachlich, aufbauschend, tendenziell, wenn es Kreise gibt, die die derzeitige Flüchtlingspolitik mit derjenigen der Nazizeit vergleichen.

Sockelarbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Phänomen¹

Die Grenzen der Arbeitswelt

Von Ruedi Winkler

Vielleicht hat sich auch der Leser, die Leserin, so wie ich, bereits an das Wort Sockelarbeitslosigkeit gewöhnt. Und trotzdem scheint mir, dass dieses Wort einiges darüber ausdrückt, wie in dieser Gesellschaft dieses Problem eingetragen wird. Sockel, das ist so etwas Unverrückbares, Festgefügtes, Unveränderbares. Mir scheint die Wahl des Wortes Sockelarbeitslosigkeit für die Tatsache, dass auch bei besserer Konjunktur ein Teil der Bevölkerung keine Lohnarbeit mehr findet, nicht zufällig. Sollte nicht vielleicht mit der Wahl des Wortes Sockel signalisiert werden, dass allfälliges Anrennen gegen diesen Tatbestand dem Anrennen gegen einen unverrückbaren Sockel

gleichkommen könnte. Sollten nicht vielleicht auch mit dem Wort Sockel allfällige Neugierige davon abgehalten werden zu fragen, was im Sockel ist? Denn welcher vernünftige Mensch interessiert sich schon für den Inhalt eines Sockels? Ich bin überzeugt, dass es kein Zufall ist, wie in einer Gesellschaft bestimmte Tatbestände und Erscheinungen bezeichnet werden.

Was heisst Sockelarbeitslosigkeit

Im Bericht des Bundesrates über «Die Langzeit-Sockelarbeitslosigkeit in der Schweiz» vom Januar 1987 heisst es: «Die Sockelarbeitslosigkeit entspricht jener Arbeitslosigkeit, die auch dann noch bleibt, wenn wir eine gesamtwirtschaftlich stabile, gleichgewichtige Situation haben.» Damit ist bereits eine grundsätzliche Frage aufgeworfen:

Kann man von einer stabilen, gleichgewichtigen Situation sprechen, wenn es noch Arbeitslosigkeit gibt? Ich werde darauf bei meinen Gedanken zur Sockelarbeitslosigkeit als volkswirtschaftliches Phänomen eingehen.

Die Ökonomen unterscheiden bei der Arbeitslosigkeit konjunkturelle, strukturelle und fraktionelle Arbeitslosigkeit. Die konjunkturelle Arbeitslosigkeit wird durch eine schwache Konjunktur hervorgerufen, die strukturelle Arbeitslosigkeit dadurch, dass jene, die eine Stelle suchen, nicht auf die Stellen passen, die offen sind, und die fraktionelle Arbeitslosigkeit entsteht dann, wenn zwar eine passende Stelle vorhanden ist, sie der Suchende aber nicht findet, bevor er die alte Stelle verloren hat.

Die Klassiker unter den Ökonomen sprachen zudem von einer «natürlichen Arbeitslosigkeit» und meinen damit un-

¹ Diesem Artikel liegt ein Referat zu Grunde, das der Autor an einer Tagung des Schweizerischen Arbeitserhilfswerks und der Caritas Schweiz zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit gehalten hat.